Protokollauszug der 08. (2). Arbeitssitzung des XXIV. Landeselternbeirates von Hessen

Datum: 23.08. 2025, 10:07 Uhr bis 15:02 Uhr

Formalien
Es wurde ordnungsgemäß geladen und das Gremium ist beschlussfähig.
Vorstellung und Austausch Bündnis „Kindgerechter Ganztag“
Das Bündnis „Kindgerechter Ganztag“ stellte seine Arbeit vor. Ziel ist, Ganztagsangebote konsequent vom Kind her zu denken. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach mehr Qualität, nicht nur nach Betreuung. Bundesweite Standards für Qualifizierung von Fachkräften wurden eingefordert, da aktuelle Schulungen nicht ausreichen. Auch die Rolle der Elternvertretungen bei der Durchsetzung von Qualitätsstandards wurde hervorgehoben. Debattiert wurden zudem fehlende Koordinatoren und die Verantwortung von Land und Kommunen zur Umsetzung. -
Sommerferien und mediale Anfragen
Der BER hat in der Sommerpause eine Abschaffung der Sommerferien gefordert, mit der Begründung die Eltern hätten zunehmend Schwierigkeiten die Kinder zu betreuen. Der Landeselternbeirat sieht diese Forderung als unrealistisch. Presseanfragen zu Themen wie Handynutzung erreichen den Landeselternbeirat häufig sehr kurzfristig. In Bezug auf die Presse wird festgestellt, dass Medien sich zunehmend einseitig konzentrieren und eine differenzierte Antwort oft verkürzt dargestellt wird.
Bundeselternrat
Der Bundeselternrat hat sich organisatorisch neu aufgestellt und arbeitet nach einer Konsolidierung mit reduziertem Vorstand weiter. Finanzen bis 2024 wurden geordnet, einzelne Verantwortliche nicht entlastet. Das frühere Büro wurde aufgegeben, künftig ist ein flexibles Shareoffice-Modell vorgesehen. Neue Arbeitsgruppen konzentrieren sich stärker auf Schwerpunktthemen, etwa Gesundheit.
Aktuelle Herausforderungen
Im schulpolitischen Austausch wurde deutlich, dass Themen wie mentale Gesundheit verstärkt in Kooperation zwischen LSV und LEB behandelt werden müssen. Prävention von Risikoverhalten (z. B. Vaping) treten verstärkt auf. Berufliche Orientierung: Ungleichheiten zwischen Regionen und Schulformen, Bedarf an Transparenz und Gleichwertigkeit der Bildungsgänge.